

## **Haushaltsrede FDP-Fraktion vom 17.12.2025**

Wir müssen eine ernsthaftere Haushaltskonsolidierung durchführen.

Das trifft auf den vorliegenden Haushaltsentwurf leider nicht zu. Wir geben mit diesem Plan mehr Geld aus, als wir einnehmen. Jeder weiß, dass man die monatliche Miete die man für eine Wohnung zahlt, nicht durch einen Kredit finanzieren darf, da dies zur Überschuldung führt. Mit diesem Haushalt und der Planung für die Folgejahre sind wir genau auf diesem Weg in die Überschuldung der Stadt Hameln. Eine Besserung durch eine bessere Ausfinanzierung durch das Land Niedersachsen ist nicht in Sicht.

Der Antrag der CDU im Landtag auf 750 Millionen zusätzlich für die Kommunen wird von der rot-grünen Koalition abgelehnt. Wenn aber keine Perspektiven vorhanden sind, um Schulden zur Finanzierung der laufenden Ausgaben zu vermeiden, muss die Mehrheit im Rat mit der Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt einen Vorschlag unterbreiten, der eine Perspektive zur Vermeidung der Überschuldung bietet. Hier fehlt der Mut und auch der Wille, notwendige Entscheidungen zu treffen. Dies wäre jedoch um so wichtiger vor dem gesamtwirtschaftlichen aktuellen Hintergrund: Die Firma Scheffler ist die erste im neuen Haushaltsjahr, die ihre Tore in Hameln schließen muss. Der Wirtschaft geht es schlecht. Die Wachstumsprognosen fallen immer düsterer aus. Auch das werden wir spüren, wenn weniger Schlüsselzuweisungen vom Bund und Land die Kommunen erreichen.

Statt mutig zu konsolidieren und mit einer Aufgabenkritik sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, werden ohne Rücksicht Schulden gemacht: auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt – die diese Schulden noch nicht spüren werden – aber insbesondere auf Kosten kommender Generationen, die diese Schulden jeden Handlungsspielraum nehmen werden.

Die aktuellen neuen Schulden tun unmittelbar – ausgenommen Hundebesitzer – niemandem weh. Anders, wenn auch andere Einnahmen erhöht werden. Anders auch bei etwaige Kürzungen von Leistungen, wie sie im homöopathischen Maße von der Verwaltung im Haushaltskonsolidierungskonzept zunächst vorgeschlagen wurden, wie Streichung der Haushaltsmittel für die Bergungstauchergruppe und den Rattenfänger-Literaturpreis. Da die Verwaltung diese nunmehr selbst aus ihrer Vorlage 97/2025 zum Haushaltssicherungskonzept gestrichen hat, haben auch wir unseren Antrag hierzu zurückgenommen, mit dem wir den Vorschlag der Verwaltung unterstützen wollten.

Wir stellen fest:

Es braucht eine nachhaltige und mutige Haushaltspolitik, die auf Prioritätensetzung, Effizienz und Innovation setzt. Angesichts der wirtschaftlichen Gesamtlage und der Tatsache, dass 90% der Investitionen durch Private erfolgen, ist es notwendig, insbesondere die Wirtschaft gerade jetzt zu entlasten. Dass die Gewerbesteuer nicht erhöht wird, ist daher der richtige Weg, der einvernehmlich vorgeschlagen wird. Mutig und wäre, um die Wirtschaftskraft der Unternehmen zu erhöhen, die Senkung der Gewerbesteuer, da dies die Unternehmen stärkt mit dem Ergebnis höher Einnahmen durch die Gewerbesteuer zu erlangen.

Wir müssen zur Haushaltskonsolidierung klare Zeichen setzen:

- Keine neuen Stellen, bis der Haushalt wieder ausgeglichen ist - und nicht nur nächstes Jahr.
- Anpassung von Einnahmen an die Kostenentwicklung – nicht nur bei der Stadtbibliothek.
- Keine zusätzlichen freiwilligen Leistungen, solange der Haushalt nicht ausgeglichen ist.
- Weitere pauschale und konkrete Ausgabenkürzungen, die gemeinsam beschlossen werden um gemeinsam das Ziel - Haushaltsausgleich bei den laufenden Ausgaben - zu erreichen.

Unser Ziel: Keine Geschenke sondern Haushaltskonsolidierung

Daher unser Antrag: **Anpassung als Inflationsausgleich (179/2025)**

Erfreulich, dass die CDU auch diese Notwendigkeit gesehen hat. Allerdings leider nur bei der **Jahresgebühr der Stadtbücherei**. für Warum nur da? Im Fachausschuss wurde von der CDU gesagt, man braucht unseren Antrag nicht, weil die Verwaltung von sich aus die Erhöhungen prüft und veranlassen würde. Wenn das so richtig wäre, warum stellt die CDU dann den Antrag auf Erhöhung der Gebühren bei der Stadtbibliothek. Nach der Argumentation der CDU wäre ihr eigener Antrag dann überflüssig, da die Verwaltung angeblich doch von selbst handelt. Soweit die CDU mit ihrem Ursprungsantrag weit über das Ziel hinausgeschossen war und eine Erhöhung um 50 % wollte, ist es erfreulicher Weise durch Mitwirkung der Mehrheitsgruppe und der Verwaltung zu einem Kompromissvorschlag gekommen, dem wir zustimmen.

Wir bleiben bei unserem Antrag, dass zur Haushaltskonsolidierung auch andere Beiträge allein auf Grund der jährlich gestiegenen Personal- und Sach- und Energiekosten angepasst werden müssen,

wozu natürlich auch die Kitagebühren zählen. Wenn dort keine Erhöhung vorgenommen wird, wird es wirtschaftlicher, auf sie gänzlich zu verzichten, da der Ertrag durch die jährlich gestiegenen Personal- und Sachkosten jedes Jahr immer geringer wird, und letztlich dann der Verwaltungsaufwand höher ist, als der Nettoertrag.

Bemerkenswert:

Wenn es darum geht, mehr Geld auszugeben – was der Haushaltskonsolidierung eher nicht entspricht – wird das Argument des Inflationsausgleiches Weise herangezogen. Da die **ehrenamtliche Tätigkeit** angemessen gewürdigt werden soll, ist die Anpassung richtig. Wir stimmen der Vorlage zu.

### **Keine zusätzlichen Freiwilligen Leistungen**

Wer sich die Haushaltsgenehmigung durchgelesen hat sollte zur Kenntnis genommen haben, wie kritisch von der Aufsichtsbehörde freiwillige Leistungen gesehen werden. Es besteht Pflicht und die Notwendigkeit sie auf mögliche Streichungen oder Kürzungen zu prüfen aber insbesondere bei dem Haushalt vorrangig zu beachten, dass keine zusätzlichen freiwilligen Leistungen hinzukommen. Insbesondere sind solche zu vermeiden, die das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit weiter in die Schulden treibt. Denn gerade diese Schulden sind es, die durch die Aufnahme neuer Schulden finanziert werden. Ein Teufelskreis, den es zu verhindern gilt.

Es ist daher wenig erfreulich, wenn solche Anträge gestellt und dann auch noch mit einer Mehrheit beschlossen werden. Es sind letztlich politische Anträge, für deren wirtschaftlichen und haushaltstechnischen Folgen hoffentlich auch später diejenigen die Verantwortung übernehmen, wenn die Überschuldung der Stadt Hameln eintritt.

Welche Anträge sind hier besonders zu nennen:

*Der Antrag der zur Einrichtung einer **zentralen Mensaküche**.*

Mit der Einrichtung einer Großküche als kommunaler – also mit öffentlichen Geldern – betriebener Eigenbetrieb – würde ein weiterer neuer Zuschussbetrieb, wie die Schwimmbäder oder das Theater entstehen. Belastet würde mit einem überschaubaren hohen Betrag nicht nur der Investitionshaushalt. Schlimmer sind jedoch die durch den Betrieb entstehenden jährlichen Zuschüsse in Millionenhöhe, die nach derzeitiger Haushaltslage jährlich durch neue Schulden auszugleichen wären. Besseres Essen für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonal ist wünschenswert. Doch wer das will, muss

auch für die solide Finanzierung des laufenden Betriebes sorgen. Fragen Sie doch mal Ihre Wählerinnen und Wähler, ob diese bereit sind, dass die Grundsteuer in Hameln um mindestens weitere 10 Prozent, also rund 70 Punkte, erhöht wird, um die Großküche zu finanzieren.

Wir als FDP lehnen das Projekt Großküche als offensichtlich wirtschaftlich nicht tragfähig ab und erinnern an den Schiffbruch, den die Paritätische Lebenshilfe mit ihrer Großküche „Pari pro Job“ in Stadthagen mit riesigen Verlusten erlitten hat.

*Der Antrag zu kostenlosen **Menstruations- und Kontinenz-Artikeln** auf allen öffentlichen Toiletten.*

Die Artikel sind nicht kostenlos, sondern müssen bezahlt werden. Von der Stadt Hameln. Es ist nicht Aufgabe der Stadt Hameln, aus Steuergeldern oder genauer gesagt durch die Aufnahme neuer Schulden diese Artikel zu finanzieren. Die Kommunalaufsicht wird diesen Antrag keinesfalls wohlwollend zur Kenntnis nehmen. Der Sozialstaat hat seine wirtschaftlichen Grenzen. Diese werden durch solche Geschenke überschritten. Seit Generationen haben Frauen – und auch Männer bei Inkontinenz – selbstbestimmt ihre Situation organisiert. Dabei sollte es auch in Zukunft bleiben, statt die Sozialleistungen weiter zu erhöhen.

Aber **Geschenke auf Schuldenbasis** zu verteilen ist auch die Grundlage für weitere Anträge.

Die **Klimabäume** und Baumschenkaktion ist gut angenommen worden. Schön. Wer nimmt nicht gerne Geschenke entgegen. Anders als früher – Herr Paschwitz – werden diese Bäume gekauft und nicht wie früher bei Herrn Hansbach und Herrn Buse aus dem eigenen Bestand genommen. Statt sie zu kaufen, könnte die Verwaltung mit weniger Aufwand z.B. auch zweckgebundene Geldgutscheine verschenken.

Aber: wenn ich etwas verschenke ist es töricht, wenn ich das durch einen Kredit finanziere, insbesondere, wenn ich ihn nicht zurückzahlen kann.

Richtig: wir wollen und müssen etwas für den Klimaschutz machen.

Doch dann bitte so, dass der Einsatz der dafür eingesetzten Haushaltsmittel auch für die Stadt selbst wirtschaftlich und maximal effektiv sind. Jeder verschenkte Baum geht zukünftigen Generationen als Wirtschaftsgut Holz der Stadt Hameln verloren. Insoweit wäre der eigene Forst der wirtschaftlich richtige Partner um Klimabäume anzupflanzen, zu pflegen und für weitere Aufzucht zu

sorgen, um letztlich durch zukünftige Generationen das Holz klimafreundlich zu verwerten.

Auch die Anträge der Verwaltung zu Fördergeldern sind nicht primär darauf ausgerichtet, CO<sup>2</sup> in Hameln einzusparen, da eine Kontrolle über die geleisteten Fördergelder kaum oder gar nicht erfolgt. Die Gelder sind lediglich mit einem guten Willen ausgegeben. Das vorhandene Personal ist mit den Anträgen überfordert und erst recht nicht in der Lage, die Einhaltung der Auflagen zu überwachen. Und zudem wollen wir ja auch nicht in einem Überwachungsstaat leben. Wirtschaftlich sinnvoll wäre es, diese Gelder in entsprechende eigene Anlagen, Gebäude und Fahrzeuge zur CO<sup>2</sup> Reduzierung zu investieren. Dies führt im Sinne der Haushaltskonsolidierung auch zu Einsparungen und einer Verbesserung der Haushaltssituation. Im Übrigen ist es Aufgabe von Bund und Land, diese Förderungen zum Klimaschutz zu finanzieren.

Einspurigkeit der Deisterstraße als Versuch haben wir abgelehnt. dem Versuch entlang des Bürgergartens den **164er Ring** für den Durchgangsverkehr als Versuch zu sperren ist richtig, um evtl den Bürgergarten zu Hameln zu erweitern und eine Ausweichfläche für den Wochenmarkt zu erproben, wenn die Tiefgarage am Rathaus spätestens mit Beginn 2027 saniert wird.

Neben dem Verkehrsmodernisierungskonzept auch das **Radwegemodernisierungskonzept** für erforderlich. Jede Verschiebung notwendiger Maßnahmen führt erfahrungsgemäß zu höheren Kosten. Dem Antrag der CDU stimmen wir nicht zu. Wir schließen uns zudem der Hoffnung der Mehrheitsgruppe an, dass ausreichend Fördermittel für eine Fahrrad- Fußgängerbrücke über die Weser bereitgestellt werden und stimmen jetzt dem von der Mehrheitsgruppe gestellten Antrag zu.

Für eine Verschiebung der Umsetzung der Gestaltung des **Upnorgeländes** besteht kein Grund. Vielmehr besteht die Gefahr, dass konkret interessierte Betreiber der geplanten **Beachbar** abspringen werden. Zudem muss die **Fahrrad- und Fußgängerbrücke** über die Weser möglichst zentrumsnah gebaut werden, damit sie insbesondere auch von Fußgängern genutzt wird. Daher bietet sich als Standort – auch topographisch - die frühere Personenfähre neben der Jugendherberge an und nicht das Upnorgelände.

Auch wenn es keine Fördermittel für die **Kampfbahn West** beim TC geben sollte, ist die Sanierung im Investitionshaushalt ohne Sperrvermerk auf Grund des schlechten Zustandes als vordringlichste Maßnahme einzuplanen. Andere Sportstätten und

Sportplätze sollten nach fest gelegten Prioritäten – wie bei den Feuerwehrhäusern – saniert werden. Der Vorstoß der Mehrheitsgruppe ist unsolidarisch gegenüber anderen Plätzen, deren Vorrangigkeit vorliegt oder dies noch zu prüfen und abzuwägen ist. Der Sportentwicklungsplan ist hierzu eine wichtige Grundlage.

Herr Oberbürgermeister:

Bieten Sie den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt eine Perspektive, wie sie die Überschuldung unserer Stadt verhindern wollen. Darauf zu verweisen, dass es fast allen Kommunen nicht nur in Niedersachsen schlecht geht, ist zwar eine Antwort aber keine Lösung.

**Die FDP wird daher der Haushaltssatzung insgesamt nicht zustimmen.**

**Rüdiger Zemlin**

**Fraktionsvorsitzender**